

und stellte Antrag. Der Antrag fiel mit sieben Stimmen. Der Regierungsvorschlag hingegen setzte sich mit acht Stimmen durch. Hier zeigte das Parlament klare Parteilinien.

Beim nächsten Artikel stimmte man wieder einhellig.³⁹¹

Unter Artikel 116 entwickelte sich eine Diskussion um die Entlastung von Invaliden von der Motorsteuer. Armin Meier (FBP) kritisierte die Regierung, nicht vollumfänglich dem Wunsch des Invalidenvereins entsprochen zu haben und wünschte eine Verbesserung. Parlamentarier beider Parteien argumentierten dafür. Der Landtagspräsident liess bald über den Antrag von Meier abstimmen, welcher einstimmig angenommen wurde. Damit hatte die FBP wieder einen Vorschlag im Steuergesetz durchgesetzt.

Damit war man mit dem Steuergesetz ans Ende gelangt. Es schien ein versöhnliches Ende geworden zu sein. Beide Parteien konnten in den Diskussionen Vorschläge durchbringen. Nach der einhelligen Abstimmung der 3. Lesung, stimmten 9 der 15 Abgeordneten für die Dringlicherklärung der Vorlage. Damit verhinderte man eine Volksabstimmung.³⁹²

7.6.3 Fazit

Die Steuerdebatte verschärfte sich weiter Ende der 70er. Die FBP nutzte jeden rhetorischen Spielraum im Parlament. Was als schnelle Massnahme für kleinere Einkommen gedacht war, provozierte einer der längsten Debatten im Landtag.

Fast alle Parlamentarier beider Parteien bezogen Position beim Eintreten. Die Eintretensrede von Gerard Batliner nutzte jeden Raum, sogar in der zweiten Lesung, für die eigene Darstellung des Sachverhaltes, der Kritik an der Regierungsvorlage und den Vorzügen der eigenen Vorschläge. Er hatte als Altregierungschef die Erfahrung, vermutlich auch die Zahlen der Vorgängerregierung dazu und offensichtlich den Willen den Standpunkt der FBP in dieser Sache durchzusetzen. Die Kritik war sehr zugespitzt: er versuchte zu zeigen, dass die VU mit dieser Vorlage die eigenen Ziele nicht erreiche. Die Reaktionen im Landtag waren verhalten. Die VU verwies auf die Geschäftsordnung und meinte das Auftreten Batliners sei unzulässig. Inhaltliche Reaktionen fehlten grösstenteils. Die VU akzeptierte die Zahlen nicht. Man betonte die eigene Zielsetzung und deren Umsetzung.

Die Bildung einer Kommission war nicht möglich. Die FBP lehnte ab. Es schien klar gewesen, dass das Ergebnis der Arbeitsgruppe die Meinung der Regierung den Vorzug

³⁹¹ Ltp vom 4.4.79, S. 101-104.

³⁹² Ltp vom 4.4.79, S. 104-108.